

1. Antragsteller

_____, den _____

Schularzt/Anschrift der Schule

An das
Staatliche Schulamt _____

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für eine Fahrt zu KZ-Gedenkstätten sowie zu Gedenkstätten und -orten für Opfer der jüngeren deutschen Geschichte

1. Hiermit wird die Förderung der folgenden Fahrt beantragt:

Fahrt am _____ zur Gedenkstätte/zum Gedenkort

Teilnehmende Klasse(n) _____ Schülerzahl insgesamt _____
Anzahl der Begleiter _____ Teilnehmer insgesamt _____
Verantwortliche Lehrkraft/Lehrkräfte _____

2. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Schuljahresfahrtenplanung liegt bereits vor? Ja / Nein (Nichtzutreffendes streichen)
Ggf. die Schuljahresfahrtenplanung als Anlage beifügen.
Der Fahrt liegt folgendes Konzept zugrunde: (ggf. als Anlage beifügen)
Unterrichtszusammenhang, in dem die Fahrt steht (Bezug zum Schulprogramm, zu den Fächern, zu den Rahmenplänen, zu Projekten, zu besonderen Anlässen oder Ähnlichem):

Geplante vorbereitende Maßnahmen im Unterricht:

Ziele und Themen der Fahrt:

Organisatorischer und unterrichtsmethodischer Ablaufplan der Fahrt:

Geplante nachbereitende Maßnahmen im Unterricht und Dokumentation der Fahrt:

3. Finanzierungsplan

Es werden Zuwendungen für folgende Ausgaben beantragt:

Ausgaben für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln (bei Nutzung von Gruppenfahrtscheinen und vergleichbaren Vergünstigungen)	_____	Euro
Ausgaben für Busfahrt (mind. 2 Angebote einholen)	_____	Euro
Ausgaben für Eintritt	_____	Euro
Ausgaben für Führungen	_____	Euro
Ausgaben für ein Blumengebinde	_____	Euro
Sonstige Ausgaben	_____	Euro
Summe Ausgaben	_____	Euro

Einnahmen

1. Eigenanteil der Teilnehmer _____ Euro
2. Weitere Zuwendungen für die Fahrt
wurden nicht beantragt / beantragt bei

_____ in Höhe von _____ Euro

3. Beantragte Zuwendung _____ Euro

Summe Einnahmen _____ **Euro**

4. Kontoverbindung

Bank _____

BLZ _____

Kontonummer _____

Kontoinhaber _____

5. Der Antragsteller erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2332) geändert worden ist, nicht berechtigt ist.

6. Der Antragsteller erklärt, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist und auch nicht vor Bewilligung der Zuwendung begonnen wird; gegebenenfalls wird der Antragsteller den vorzeitigen Maßnahmebeginn beantragen.

7. Der Antragsteller versichert, dass die beantragten Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam verwendet werden. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben einschließlich der Angaben in dem beiliegenden Finanzierungsplan werden bestätigt.

**Unterschrift der
verantwortlichen Lehrkraft**

Unterschrift des Schulleiters